



Partnerschaft für Demokratie der
Stadt **Ratzeburg** und des Amtes **Lauenburgische Seen**

Resolution aus der 'Regionalkonferenz Rechtsextremismus und Demokratiestärkung' fordert mehr Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement in der Demokratietarbeit

Mehr als 100 engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik, Schule und Verwaltung haben am 15. November 2025 zur 16. Ausgabe der 'Regionalkonferenz Rechtsextremismus und Demokratiestärkung' darüber diskutiert, was zivilgesellschaftliches Engagement braucht, um demokratiestärkend wirksam sein zu können. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde praxisnah und erfahrungsbasiert ein Maßnahmenkatalog zusammengetragen, der die wesentlichen Bedarfe für eine erfolgreiche Demokratietarbeit beschreibt.



Engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft berieten auf der 16. 'Regionalkonferenz Rechtsextremismus und Demokratiestärkung' in Grevesmühlen, was zivilgesellschaftliches Engagement braucht, um demokratiestärkend wirksam sein zu können

© Andreas Grimm (agp creative)

Völlig einig waren sich die Teilnehmenden, das zivilgesellschaftliche Engagement ein unverzichtbarer Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie ist. Es ermöglicht Teilhabe, schafft Räume für Dialog und stärkt Widerstandsfähigkeit gegenüber Polarisierung, Desinformation und rechtsextremen Ideologien. Gleichzeitig sehen sich Engagierte aber wachsenden Belastungen und Herausforderungen gegenüber: Bedrohungen und Hass, strukturelle und finanzielle Unsicherheiten, mangelnde Anerkennung, bürokratische Hürden, fehlende Ressourcen sowie ein zunehmend herausforderndes gesellschaftliches Klima. Damit zivilgesellschaftliches Engagement seine demokratiestärkende Kraft entfalten kann, braucht es vor allem verlässliche Rahmenbedingungen, sichtbare

politische Unterstützung, langfristige Förderung sowie eine demokratische Infrastruktur, die auf allen Ebenen trägt – in Bildung, Verwaltung, Medien, Kommunen und im digitalen Raum.



Engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft berieten auf der 16. 'Regionalkonferenz Rechtsextremismus und Demokratiestärkung' in Grevesmühlen, was zivilgesellschaftliches Engagement braucht, um demokratiestärkend wirksam sein zu können
© Andreas Grimm (agp creative)

Im Auftrag der Teilnehmenden hat das Organisationsteam der 'Regionalkonferenz Rechtsextremismus & Demokratiestärkung', bestehend aus dem Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg der RAA, dem Regionalen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Lübeck beim AWO Landesverband SH e.V., dem Verein Miteinander leben e.V. in Mölln, den Partnerschaften für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen, der Stadt Lauenburg mit dem Amt Lüttau, des Landkreises Nordwestmecklenburg sowie dem Fachdienst Familie und Schule, Kinder- und Jugendschutz des Kreises Stormarn, das Arbeitsergebnis aus der Konferenz als Resolution formuliert. Sie ist als Forderung, als Weckruf und als Anstoß zum Dialog zu verstehen.

16. Regionalkonferenz Rechtsextremismus & Demokratiestärkung „Was braucht zivilgesellschaftliches Engagement, um demokratiestärkend wirksam zu sein?“

Mehr als 100 engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik, Schule und Verwaltung haben am 15. November 2025 zur 16. Ausgabe der 'Regionalkonferenz Rechtsextremismus und Demokratiestärkung' darüber diskutiert, was zivilgesellschaftliches Engagement braucht, um demokratiestärkend wirksam sein zu können. Gemeinsam wurde folgende Resolution erarbeitet:

Präambel

Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Grundpfeiler einer lebendigen Demokratie. Es ermöglicht Teilhabe, schafft Räume für Dialog und stärkt Widerstandsfähigkeit gegenüber Polarisierung, Desinformation und rechtsextremen Ideologien. Gleichzeitig sehen sich Engagierte wachsenden Belastungen gegenüber: Bedrohungen und Hass, strukturelle und finanzielle Unsicherheiten, mangelnde Anerkennung, bürokratische Hürden, fehlende Ressourcen sowie ein zunehmend herausforderndes gesellschaftliches Klima.

Damit zivilgesellschaftliches Engagement demokratiestärkend wirken kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, sichtbare politische Unterstützung, langfristige Förderung sowie eine demokratische Infrastruktur, die auf allen Ebenen trägt – in Bildung, Verwaltung, Medien, Kommunen und im digitalen Raum.

Resolution

1. Verlässliche Strukturen und nachhaltige Förderung

Demokratiestärkende Zivilgesellschaft braucht langfristige Stabilität. Die Konferenz fordert:

- **mehrjährige, unabhängige und auskömmliche Fördermittel**, die Projektlogiken überwinden und Strukturarbeit ermöglichen;
- **Überführung bestehender Unterstützungsangebote**, wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, **in dauerhafte Regelstrukturen**;
- **niedrigschwellige, erreichbare Beratung, Empowerment-Angebote, Meldestellen und Safer Spaces** für Betroffene und Engagierte;
- **klare Ansprechpersonen in Institutionen** sowie ein verlässliches Unterstützungssystem für Engagierte vor Ort.

2. Schutz von Engagierten und demokratische Haltung in Institutionen

Damit Engagement wirksam sein kann, müssen Engagierte sicher agieren können. Notwendig sind:

- **wirksamer Schutz vor digitaler und analoger Bedrohung** – für Betroffene, Engagierte und Verbündete („Allies“);

- **verbindliche Maßnahmen gegen antidemokratisches Verhalten** in Behörden und öffentlichen Einrichtungen;
 - **transparente Verwaltungsprozesse** sowie eine demokratieorientierte, respektvolle Kommunikation auf Augenhöhe;
 - **konsequente straf- und disziplinarrechtliche Schritte** bei rassistischen oder antidemokratischen Vorfällen;
 - **Stärkung einer demokratischen Haltung** in allen Institutionen – von Verwaltung bis Bildungseinrichtungen.
-

3. Demokratiebildung stärken – früh, kontinuierlich und qualitätsgesichert

Wirksame Demokratiearbeit beginnt früh, ist verlässlich und professionell. Dafür braucht es:

- **starke Verankerung von Demokratiebildung in Schulen**, mit höherer Gewichtung im Unterricht;
 - **politische Bildung bereits in der Kita**, aufbauend durch alle Bildungsstufen;
 - **konstante Bildungspartner statt wechselnder Anbieter**, um kontinuierliche Wirkung zu sichern;
 - **Regelmäßige Workshops und Angebote**, idealerweise als wöchentliches Unterrichtsfach;
 - **konkrete Unterstützung für Lehrkräfte** im Umgang mit politischer Bildung und Rechtsextremismus, z. B. durch Infomaterial, das den Mythos eines „Neutralitätsgebots“ aufklärt;
 - **Bereitstellung externer Expert*innen** wie Trainer*innen für Prävention, Medienkompetenz, Rassismuskritik und demokratische Handlungskompetenzen.
-

4. Demokratische Räume schaffen – analog und digital

Engagement braucht Orte und Gelegenheiten. Die Konferenz fordert:

- **mehr konsumfreie Räume** für Jugendliche und Initiativen, z. B. durch Nutzung von Leerständen;
 - **Bibliotheken und kommunale Einrichtungen als aktive Begegnungsräume** zu stärken;
 - **erlebbar Formen der Demokratie**, wie *Bürgerinnenräte*, *Schülerinnenräte* und Beteiligungswerkstätten;
 - **digitale Räume sicherer machen** durch wirksame Maßnahmen gegen Hass, Desinformation und rechtsextreme Propaganda;
 - **barrierearme Zugänge zu Beteiligung**, etwa durch lokale Newsletter, digitale Beteiligungsplattformen und niedrigschwellige Dialogangebote.
-

5. Professionalisierung, Wertschätzung und Anerkennung

Zivilgesellschaft braucht Menschen, die sich engagieren – und diese brauchen Unterstützung. Erforderlich sind:

- **systematische Qualifizierungsangebote** für Ehren- und Hauptamtliche zu Extremismusprävention, Konfliktbearbeitung, Antidiskriminierung, digitaler Sicherheit und Projektmanagement;
 - **Wertschätzung von Engagement** in all seinen Formen – auch von kleinen Initiativen und lokalen Gruppen;
 - **Unterstützung durch professionelles Hauptamt**, etwa durch kommunale Koordinierungsstellen;
 - **Realistische Zielsetzungen** mit Etappenzielen und Umsetzungsplänen, die wirksame kleinschrittige Fortschritte ermöglichen.
-

6. Medienverantwortung stärken

Medien tragen eine zentrale Rolle für gesellschaftliche Orientierung. Daher braucht es:

- **kritische, fachlich fundierte Einordnung rechtsextremer Entwicklungen** in der Berichterstattung;
 - klare Positionierung gegen Desinformation und rassistische Narrative;
 - Vermittlung demokratischer Grundwerte und Förderung öffentlicher Debattenkultur.
-

7. Jugendbeteiligung ernst nehmen und strukturell verankern

Junge Menschen sind keine Zielgruppe, sondern Mitgestaltende der Demokratie. Dazu gehören:

- **sichtbare, institutionell verankerte Jugendräte** statt rein ehrenamtlicher Modelle;
 - **präventive und kontinuierliche Begleitung engagierter Jugendlicher**, insbesondere in belastenden Situationen;
 - **generationsübergreifende Beteiligungsformate**, die langfristige Mitwirkung ermöglichen;
 - **Sichtbarkeit und Anerkennung von Jugendformaten** in Öffentlichkeit und Politik.
-

8. Rassismusbekämpfung stärken – besonders im ländlichen Raum

Demokratische Resilienz braucht eine klare Haltung gegen Rassismus. Die Konferenz fordert:

- **Aufbau eines flächendeckenden Bewusstseins für rassistische Realitäten** durch Bürgerdialoge, Bildungsangebote und öffentliche Kommunikation;

- **verpflichtende Schulungen** für Mitarbeitende in Schulen, Kitas, Verwaltung und Erwachsenenbildung;
 - **systematische Falldokumentation**, um Rassismus sichtbar und bearbeitbar zu machen;
 - **rechtliche Weiterentwicklungen**, einschließlich einer wirksamen **Verschärfung des AGG**, um Diskriminierung klarer ahnden zu können.
-

Schlussformel

Zivilgesellschaftliches Engagement kann seine demokratiestärkende Wirkung nur entfalten, wenn es politisch gewollt, finanziell gesichert, institutionell verankert und gesellschaftlich geschützt wird. Die 16. Regionalkonferenz Rechtsextremismus & Demokratiestärkung fordert Politik, Verwaltung, Medien und Gesellschaft auf, die genannten Maßnahmen umzusetzen und damit die Voraussetzungen für eine widerstandsfähige, gerechte und solidarische Demokratie zu schaffen.

Herausgegeben von:

Das Organisationsteam der Regionalkonferenz Rechtsextremismus & Demokratiestärkung, bestehend aus dem Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg der RAA, dem Regionalen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Lübeck beim AWO Landesverband SH e.V., dem Verein Miteinander leben e.V. in Mölln, den Partnerschaften für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen, der Stadt Lauenburg mit dem Amt Lüttau, des Landkreises Nordwestmecklenburg sowie dem Fachdienst Familie und Schule, Kinder- und Jugendschutz des Kreises Stormarn.